

bewarb sich als Pilotkommune an einer bundesweiten Aufforderung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) vertreten durch die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft mbH (VIFG) und wurde für das Pilotprojekt ausgewählt. Dieses stößt sowohl bei Politik und Verwaltung als auch bei den Marktakteuren auf großes Interesse und wird auch vom Land Brandenburg gefördert.

Mit dem Pilotprojekt soll die Anwendung von Public Private Partnership (PPP) für den Betrieb, die Unterhaltung und die Erhaltung auf kommunalen Straßen an einem Praxisbeispiel untersucht werden. Mit PPP wird das Ziel verfolgt, durch eine langfristig angelegte Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und privater Wirtschaft öffentliche Projekte effizienter

zu realisieren. Durch die Betrachtung des gesamten Lebenszyklus einer Straße werden Bau, Betrieb, Erhaltung und Finanzierung ganzheitlich optimiert.

Die Stadt Brandenburg möchte im Wesentlichen die Straßenerhaltung und ggf. die -unterhaltung an einen Privaten vergeben. Im Vordergrund steht dabei die qualitative Steigerung des Straßenzustands bei einer gleichzeitigen Optimierung der Mittelverwendung unter Berücksichtigung des Lebenszyklus. Dabei soll ein privater Partner ein wirtschaftlich relevantes städtisches Teilnetz für 15 bis 25 Jahre bewirtschaften. Als Gegenleistung erhält der private Partner periodische Zahlungen aus dem städtischen Haushalt, die z. B. in Abhängigkeit der Qualität oder der Verfügbarkeit ermittelt werden. Zunächst wird eine Machbarkeitsstudie

erstellt, in der die Leistungs- und Vertragsparameter festgelegt werden.

Für die Stadt ergibt sich durch die Machbarkeitsstudie die Chance, ein Geschäftsmodell für die Realisierung eines an den Bedarf angepassten kommunalen Straßenprojektes zu entwickeln und dieses mit einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zu hinterlegen. Das Pilotprojekt wird von der VIFG und der PPP Task Force im BMVBS sowie dem Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg gemeinsam gefördert und unterstützt. Durch die Begleitung der verschiedenen Vertreter aus Bund, Land und Kommunen können die PPP-Erfahrungen aus dem Hoch- und Tiefbau optimal miteinander verknüpft und anderen Interessenten zur Verfügung gestellt werden. ■

Das Städtebaureferendariat im Land Brandenburg: Eine Investition in die Zukunft

Wolfgang Grobe

Seit November 2007 wird mit drei Referendaren der bereits 4. Jahrgang Städtebaureferendare im Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV) betreut. Die bisherigen sechs Absolventen haben mit Erfolg bestanden und zeitnah einen beruflichen Einstieg gefunden. Anlass genug, an dieser Stelle über die Ausbildung der Städtebaureferendare zu berichten.

Das Referendariat ist ein Vorbereitungsdienst für deutsche Beamtenlaufbahnen der Laufbahngruppe des höheren Dienst-



Einführung der Städtebaureferendare im MIR in Potsdam (v.r.n.l.: Herr Bülow, MIR; Städtebaureferendare Raimund Rinder; Andreas Kühn, Heiko Schwientek)

tes. Sie ist eine „Trainee-Ausbildung“ für Führungskräfte im öffentlichen Dienst. Ausbildungsbehörden sind staatliche Stellen oder sonstige Träger der öffentlichen Verwaltung, die Beamte ernennen können.

Inhaltliches Ziel des Referendariates ist es, Hochschulabsolventen mit zusätzlichen Schlüsselqualifikationen wie z. B. Führungs- und Wirtschaftskompetenz auszustatten, um den vielfältigen Anforderungen an leitende Funktionen gerecht zu werden. Es werden praktische Kenntnisse vermittelt, die das im Universitätsstudium erworbene Wissen ergänzen. Voraussetzung für ein Referendariat in einer der verschiedenen Fachrichtungen¹⁾ ist ein Studium an einer Hochschule, das mit dem ersten Staatsexamen

oder einer gleichwertigen akademischen Prüfung abgeschlossen wurde.

Für die Ausbildung der Referendare sind in der Regel die Landesverwaltungen verantwortlich. So ist in Brandenburg das LBV die Ausbildungsbehörde für die Städtebaureferendare. Eingestellt werden die Referendare vom MIR, es trägt auch die Kosten der Ausbildung.

Nach – in der Regel – zwei Jahren wird das Referendariat mit dem zweiten Staatsexamen beendet. Diese – auch Großes Staatsexamen – genannte Prüfung berechtigt, die Bezeichnung Assessor zu tragen. Die Absolventen erhalten ein im Bund, in den Ländern und Kommunen gleichermaßen anerkanntes Zeugnis über die Große Staatsprüfung. Abgenommen wird das Examen durch das Oberprüfungsamt für den höheren technischen Verwaltungsdienst. Das Oberprüfungsamt bilden in Form eines Kuratoriums die Bundesländer, das Bundesministerium für Verkehr, Bau und

¹⁾ Fachrichtungen sind neben dem Städtebau beispielsweise: Stadtbauwesen, Vermessungs- und Liegenschaftswesen, Hochbau, Straßenwesen, Wasserwesen, Bahnwesen, Landespflege, Umwelttechnik, Luftfahrttechnik

Stadtentwicklung, der Deutsche Städte- tag, der Deutsche Städte- und Gemein- debund und der Deutsche Landkreistag. Durch diese Form der Zusammenarbeit wird trotz unterschiedlicher Fachrichtungen und verschiedener Bundesländer, in denen das Referendariat stattfindet, eine Vergleichbarkeit der Leistungen, also ein unter einheitlichen Aspekten durchge- führtes Referendariat gewährleistet.

Seit 1947 wurden in Deutschland ca. 1.700 Große Staatsprüfungen in der Fachrichtung Städtebau bestanden. Mit bundesweit gegenwärtig 30 Absolventen pro Jahr wird deutlich, dass es sich um einen relativ kleinen Kreis handelt, der diese besondere Qualifikation erhält.

Ausbildungsverlauf

Das Referendariat beginnt mit einem 52-wöchigen Abschnitt in einer Bran- denburger Stadtverwaltung. Neben dem „Durchlaufen“ verschiedener Fachbe- reiche der Stadtentwicklung und Stadt- planung, gehören auch (Querschnitts-) Aufgaben der Wirtschaftsförderung, Kämmerei und der Personalwirtschaft zur Ausbildung. Die Mitarbeit ist sowohl

bei längerfristigen Aufgaben wie auch im Tagesgeschäft gefragt. Auf diese Weise erhalten die Städte eine personelle Unterstützung als „Gegenwert“ für die fachliche und organisatorische Mitbeglei- tung der jeweiligen Referendare. Gute Erfahrungen bei diesem „Geben und Nehmen“ haben bereits die Städte Pots- dam, Fürstenwalde, Neuruppin und Frankfurt (Oder) gemacht. Im Anschluss an die kommunale Phase werden in einem kürzeren Zeitraum Erfahrungen in Kreisverwaltungen und in der Landesver- waltung gesammelt. Auch Zeitabschnitte beim Bund und ggf. der EU können ein- geordnet werden.

Parallel zur Mitarbeit in der Verwaltung werden den Referendaren Lehrgänge und Seminare angeboten, die – von erfahrenen Dozenten und Praktikern ver- schiedener Wissensgebiete präsentiert – den weiten Blick in die große fachliche Breite der Fachrichtungen ergänzen.

Positiv ist die fachübergreifende Arbeits- gemeinschaft der Referendare im Land Brandenburg. Sie setzt sich zur Zeit aus Teilnehmern des Fachbereichs Städte- bau und Vermessungswesen zusam-

men. Weitere Fachrichtungen haben be- reits ihr Interesse an einer Erweiterung dieser Arbeitsgemeinschaft signalisiert. Diese AG bietet die Abrundung der Kenntnisse durch eigene und externe Vorträge, Workshops und Exkursionen. Sie dient darüber hinaus dem Erfah- rungsaustausch und dem Networking, das sich oft befruchtend im späteren Berufsleben auswirkt.

Arbeitsmarkt

Einsatzmöglichkeiten finden die Absol- venten vorrangig in Führungspositionen von Bund und Ländern, aber auch in Städten und Landkreisen – (z. B. Leitung des Planungsamts, Baudezernats etc.). Auch in Wirtschaftsunternehmen, bei- spielsweise bei Sanierungsträgern, sind ansprechende Aufgabenprofile gege- ben. Da der vielerorts im Munde geführ- te demografisch bedingte Fach- und Führungskräftekräftemangel mittlerweile nicht nur die Wirtschaft erreicht, sondern auch die öffentliche Verwaltung, ist es wichtiger denn je, den im Land einge- schlagenen Weg fortzusetzen und in den eigenen Führungskräftenachwuchs zu investieren. ■

Lange Nacht der Wirtschaft 2008 – Mit innovativen Ideen die Fachkräfte von morgen gewinnen

Gerald Zahn

„Lange Nacht der Museen“, „Lange Nacht der Wissenschaft“ und „Lange Nacht der Kultur“ sind bekannte Veran- staltungskonzepte, die regelmäßig viele Besucher anziehen. Die Ausrichtung einer „Langen Nacht der Wirtschaft“ am 9. September 2006 in der Fontanestadt Neuruppin war deutschlandweit ein absolutes Novum. In der ca. 32.000 Ein- wohner zählenden Fontanestadt Neu- ruppin haben mehr als 5.000 Menschen an der „Langen Nacht der Wirtschaft“ teilgenommen und die insgesamt 15 be- teiligten Firmen aufgesucht. Einige der Unternehmen zählten 800 bis 1.000 Be- sucher. Diese kamen nicht nur aus Neu-



Jugendliche beim Fertigen der Wortbilder für die „Lange Nacht der Wirtschaft“ in Neuruppin 2006

ruppin sondern aus dem gesamten Landkreis. Obschon mit der Veran- staltung alle Altersgruppen angesprochen waren, haben sich erfreulicherweise au-

ßergewöhnlich viele junge Leute für einen Besuch der Firmen interessiert.

Idee und Erfolg der Veranstaltung haben die übrigen Mitglieder der interkommunalen Arbeitsgemeinschaft „Städtekranz Berlin-Brandenburg“ so sehr begeistert, dass sie am **18. Oktober 2008** erstmals gemeinschaftlich und zeitgleich eine „Lange Nacht der Wirtschaft“) in ihren Mitgliedsstädten ausrichten werden. Darüber informierten die Mitgliedsstädte des Städtekranzes Berlin-Brandenburg

*) in Cottbus unter dem Titel „Nacht der kreati- ven Köpfe“